# Breslauer  Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 15 Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift 1½ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

**Nr. 276. Mittag-Ausgabe.** Neunundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. **Dinstag, den 16 Juni 1868.**


## Deutschland.

### O. K. C. Reichstags-Verhandlungen.

**23. Sitzung des norddeutschen Reichstages.** (15. Juni.)

Eröffnung 10½ Uhr. Am Tisch der Bundes-Commissarien: Delbrück, v. Watzdorf, Dr. Michaelis u. A.

Der Präsident bewilligt 7 Urlaubsgesuche, das Haus zwei auf längere Zeit (Schaffrath und Blum [Köln]).

Abg. v. Hammerstein theilt mit, daß der Grund zu seiner Beurlaubung zwar weggefallen, aber der Reichstag werde in wenigen Tagen geschlossen werden. (Heiterkeit.)

Präsident Simson: Ich glaube, daß dies eine irrthümliche Ansicht ist. (Heiterkeit.) Er bittet, ihn auch für den Rest der Session zu beurlauben, zumal er noch dringende vormundschaftliche Geschäfte habe. (Abgelehnt.)

Vom Bundeskanzleramt ist die bei der Budgetvorberathung gewünschte Taxe des für den Bundesrath zu erwerbenden Grundstücks in der Wilhelmsstraße eingegangen.

Die Maß- und Gewichtsordnung wird durch Schlußabstimmung definitiv genehmigt.

Es folgt die Discussion des Gesetzes, betreffend die Verwaltung der nach Maßgabe des Gesetzes vom 9. November 1867 aufzunehmenden Bundesanleihe. Dieselbe soll nach § 1 bis zum Erlaß eines definitiven Gesetzes über die Bundesschulden-Verwaltung der preußischen Hauptverwaltung der Staatsschulden übertragen werden, welche dafür verantwortlich ist, daß eine Convertirung der obigen Anleihe nur auf Grund eines dieselbe anordnenden oder zulassenden Gesetzes, und nachdem die etwa erforderlichen Mittel bewilligt sind, vorgenommen wird. Die folgenden §§ 2—7 bestimmen die Stellung der preußischen Hauptverwaltung, die Zusammensetzung der Bundesschulden-Commission und die Cautelen, die ihre Thätigkeit schützen. Die obere Leitung hat der Bundeskanzler (§ 2), Director und Mitglieder der preußischen Hauptverwaltung erkennen ihren Eid auch für die ihnen jetzt zu übertragende Verwaltung als maßgebend an (§ 3). An Stelle der besonderen Staatsschulden-Commission, unter deren fortlaufende Aufsicht die preußische Hauptverwaltung nach § 1 des Gesetzes vom 24. Februar 1850 gestellt ist, tritt für die in Rede stehende Marine-Anleihe eine Bundesschulden-Commission, welche aus je drei Mitgliedern des Bundesraths und Reichstags und dem Präsidenten der Rechnungsbehörde des Bundes besteht, welchen bis zur Errichtung derselben der besonders vereidigte Präsident der Oberrechnungskammer vertritt (§ 4).

Abg. Fries beantragt im Falle der Ablehnung des Gesetzes folgende Resolution: Der Reichstag wolle beschließen zu erklären, daß er bereit sei, nach zu erwartender weiterer Vorlage des Bundesrathes die zum Zwecke der Erweiterung der Bundes-Kriegsmarine und der Herstellung der Küstenvertheidigung erforderlichen Mittel im Etat zu bewilligen und demgemäß die Matrikularbeiträge zu erhöhen.

In der Generaldebatte nimmt zunächst das Wort Abg. Fries: Wer sich gegen das Bundesschuldengesetz ohne den § 17 erklärt, ist darum noch kein Feind der Flotte. Nicht „Flotte oder nicht Flotte“, sondern „Anleihe oder Matrikularbeiträge“ bezeichnen die verschiedenen Standpunkte. An und für sich halte ich die Anleihe für das Richtigere, aber ihre Aufnahme nach der gegenwärtigen Vorlage halte ich ohne schwere Schädigung des Ansehens des Reichstages nicht für möglich. Er soll, was er am 22. April verneinte, nunmehr bejahen; diesem Ansinnen können wir nun und nimmer nachgeben. Andererseits ist auch für den Bundesrath die Zustimmung zu dem § 17 kaum mehr zulässig. Somit bleibt, wenn die Marine nicht darunter leiden soll, nichts übrig, als ohne Opfer auf beiden Seiten einen Lösung zu suchen. Diese Lösung giebt die heutige Vorlage nicht. Die Einrede gilt nicht, daß es sich hier nur um einen einzelnen Fall handle, und daß um des nationalen Interesses willen der Principienstreit ruhen und ein Provisorium geschaffen werden müßte. Aber unsere heutige Zustimmung würde kein Provisorium schaffen. Große nationale Interessen werden sich an jede Anleihe des Bundes knüpfen, und die Gründe für das heutige Provisorium wird man Ihnen bei jeder Gelegenheit wiederholen; das Resultat wird sein, daß Sie in allen künftigen Fällen sich von denselben Gründen werden bewegen lassen, wie heute. Es bleibt daher nur das Mittel der Matrikularbeiträge. Die Bedenken dagegen sind nicht zu unterschätzen, aber nicht durchschlagend. Ich erkenne die Unbilligkeit an, welche in dieser Vertheilung der Lasten liegt. Aber ihr wird überhaupt nicht abgeholfen werden, bis wir nicht directe Bundessteuern haben. Eine Lebensfrage für die Kleinstaaten sind die Matrikularbeiträge nicht, es liegt aber kein großer materieller Unterschied darin, ob sie die Gelder zur Verzinsung und Amortisation der Anleihe aufzubringen haben, oder direct die Mittel zur Vergrößerung der Flotte durch Matrikularbeiträge herbeischaffen müssen. Ehren Sie daher das Eigenthum des Reichstages, ehren Sie seinen vor so kurzer Zeit gefaßten Beschluß, lehnen Sie diese Vorlage ab. (Beifall links.)

Abg. Graf Schwerin (für die Vorlage): Die Kleinstaaten mögen sehr wohl fähig sein, eine Erhöhung der Matrikularbeiträge zu ertragen. Aber die Frage wird heute nicht mehr erörtert: wir haben bereits eine Anleihe bewilligt, und es handelt sich nur darum, ob wir für ihre Verwaltung auf das von den Regierungen angebotene Compromiß eingehen sollen. Ich bin dieser Ansicht, die Regierungen haben positiv erklärt, daß sie auf die Matrikularbeiträge nicht eingehen, daß der einzige Weg, die Mittel zu beschaffen, die Anleihe ist. Wir können, ohne unser Princip zu verletzen, auf die neue Vorlage eingehen. Das Princip aber wird sich am besten erörtern lassen vor Bewilligung einer neuen Anleihe.

Abg. Dr. Waldeck: Meine Stellung zur Vorlage ist um so klarer, als ich von Anfang an die Mittel für die Marine nicht durch Anleihen, sondern Matrikularbeiträge beschaffen wollte, und mit meinen Freunden überhaupt gegen die Anleihe gestimmt habe. Wenn constitutionelle Rechte, jetzige oder künftige, aufzugeben sind, dann müßte das Aequivalent ein äußerst bedeutendes sein. Hier aber sehe ich gar keines. Vielleicht wäre im Kriegsfall die Existenz des Staates ein Aequivalent, für das man freiheitliche Rechte aufgeben müßte; ich gebe auch das nicht zu, denn nur freie Staaten haben das Recht zu existiren, aber ich kann mich wenigstens auf diesen Standpunkt versetzen. Hier aber sind wir in einer solchen Lage ganz und gar nicht. Ob Anleihe oder Matrikularbeiträge — das kann uns doch nicht bewegen, ein auch nur künftiges Recht des Reichstages aufzugeben. Vor noch nicht zwei Monaten wurde jener § 17 angenommen.

Der Abg. Miquel erklärte, es sei nicht gut, wenn man immer den Stier bei den Hörnern fasse; aber hier sei eine Gelegenheit dazu. Und gewiß wird jeder vernünftige Mensch ihm darin Recht geben. Der Reichstag hatte damit die Bahn betreten in Bezug auf die Verwaltung der Schulden, die in Preußen mit dem vortrefflichen Gesetz von 1820 begonnen wurde zum Heile des Staates. Wie kann man aber jetzt gar ein anderes Staatswesen mit der Verwaltung unserer Schulden beauftragen? Diese Einrichtung giebt uns nicht die mindeste Garantie, sondern macht die Angelegenheit nur schlimmer als sie war. Wenn die Majorität vom § 17 abgehen will, dann nehme man doch lieber das alte Gesetz an ohne den § 17, das wäre viel consequenter. Die aber, denen es mit dem § 17 Ernst ist, haben kein Recht, die Vorlage anzunehmen. Die Ersparnisse, die man in Folge jenes unseres Votums gemacht hat, sind fast ganz ohne Einfluß auf die Höhe der Matrikularbeiträge. Und gegen manche dieser Ersparnisse habe ich durchaus nichts einzuwenden. Ich sehe hier z. B. 200,000 für Schießübungen, das ist allerdings eine ganz kolossale Summe. Man beabsichtigt eine internationale Münzcommission, der Kaiser von Rußland will im Interesse der Humanität die explodirenden Geschosse auf internationalem Wege abgeschafft wissen, warum stellt man nicht auch solche Schießversuche durch international zusammengesetzte Commissionen an? (Gelächter rechts.) M. H., wir haben in diesem Gesetze zwar etwas Anderes, aber nicht von der ursprüglichen Regierungsvorlage wesentlich Verschiedenes, nichts Besseres. Man muß nicht blos für einen Tag rechnen, am wenigsten eine Volksvertretung, die den Keim in sich tragen will zu einer künftigen Gesammtvertretung des deutschen Volkes.

Abg. Lasker: Das Haus hat im vorigen Jahre die Nothwendigkeit einer Anleihe für Marinezwecke anerkannt, und seitdem eine Aenderung dieses Beschlusses durch nichts gerechtfertigt. Wenn daher der Abg. Waldeck, der jenem Beschlusse nicht beigetreten ist, consequenter Weise heute wieder seine Gründe gegen eine Anleihe überhaupt geltend macht, so können diese Erwägungen für uns von keinem Gewicht sein. Ich wende mich daher nur gegen die Behauptung, daß wir uns der Vorlage von heute gegenüber in derselben Situation befänden, wie der uns vor 2 Monaten gemachten. Es ist zunächst ein Irrthum, zu glauben, daß wir die Bewilligung der Anleihe an die Bedingung des § 17 geknüpft hätten; an sie hat im vorigen Jahre noch Keiner gedacht, sie kam erst zur Sprache, als es sich um die Schöpfung einer neuen, dauernden Institution des Bundes handelte. Damals wollten wir, daß in das Bundesschuldengesetz die Verantwortlichkeit nicht wieder als ein leeres Wort aufgenommen würde; wir waren aber weit entfernt, deshalb die Existenz der Flotte in Frage zu stellen. Unser Bestreben war nur dahin gerichtet, uns nicht unter dem augenblicklichen Druck eine uns nicht zusagende Institution aufzwingen zu lassen. Der Herr Bundeskanzler legte uns bei der letzten Berathung dieses Gegenstandes die Frage vor, was wir thun würden, wenn die Regierungen ohne Rücksicht auf das Bestehen der Flotte ihrerseits ebenfalls auf ihrer Meinung beharren würden. Ich habe nicht geglaubt, daß die Frage thatsächlich an uns herantreten würde; unser heutiger Beschluß soll eine Antwort darauf geben. Wir wollen nicht mit verschränkten Armen ruhig zuschauen, daß man die Flotte, und damit unser Vaterland gefährdet; ich wenigstens will diese Verantwortung nicht auf mich nehmen, und da ich keine Aussicht habe, die Frage in Einklang mit unsern Rechtsforderungen definitiv zu regeln, so werde ich ein Provisorium bewilligen.

Ja, ich will es mit der Offenheit, die ich hier stets zu üben gewohnt bin, aussprechen, daß ich kein Bedenken trage, mich auch in Zukunft, wenn die Frage an mich wieder herantreten sollte, in derselben Weise zu entscheiden, wie ich es heute thun werde. (Ironisches Bravo links.) Wer der Ansicht ist, daß es an der Zeit sei, um verfassungsmäßige Rechte zu streiten, wenn die Existenz des Vaterlandes auf dem Spiele steht, der mag gering darüber denken; diesen Standpunkt hat der Abg. Waldeck hier vertreten, obwohl ihm das Volk bereits 1866 die richtige Antwort darauf gegeben hat. Man hat uns vorgeworfen, wir wollten ein Recht des Volkes opfern und doch wird Jeder anerkennen, daß wir das im § 17 ausgesprochene Recht noch gar nicht besitzen, daß es sich darum handelt, dasselbe erst zu erwerben. Nach den Erklärungen des Bundesrathes ist keine Aussicht vorhanden, die Frage in anderer Weise zu regeln, als auf dem Wege des Provisoriums. Die von dem Abg. Fries befürwortete Erhebung durch Matricularbeiträge, die ich schon an sich für ungeeignet halte, fällt hiernach von selbst hinweg, und wir haben nur darüber zu entscheiden, ob der vorliegende concrete Fall derart ist, daß wir eine Veranlassung haben, die früher beschlossene Anleihe nicht realisiren zu lassen. Seit dem Jahre 1866 ist die Entwickelung der Flotte für Preußen eine dringende Nothwendigkeit geworden; bereits früher war sie ein Gegenstand der Sorge der Landesvertretung, und der Abg. Virchow selbst beantragte im Jahre 1865 mitten in der Zeit des Conflictes gegen alle constitutionelle Regel eine Mehrbewilligung von 1,100,000 Thaler im Interesse der Flotte. Seitdem hat sich unsere Handels-Marine vervierfacht, wir haben große Küsten gewonnen und mit ihnen die Gelegenheit, die Flotte erst zu entwickeln; die Sachlage hat sich also nur zu Gunsten der Bewilligung geändert.

Unsere Flotte hat bisher unter der Ungunst der Verhältnisse gelitten: die reactionären Ministerien betrachteten sie nicht mit günstigen Augen, die Zeit des Conflictes verhinderte es, die reichlichen Bewilligungen zu verwerthen, und endlich erhob sich der Streit wegen der Beamtenverantwortlichkeit der einen Ausgang nahm, wie ich ihn für unmöglich gehalten hätte; (Hört, hört!) ich hätte nicht geglaubt, daß man im norddeutschen Bunde wegen kleinlicher bureaukratischer Maximen die Existenz der Flotte in Frage stellen könnte. (Hört, hört!) An uns tritt jetzt die Frage heran: soll wegen eines bloßen Formalismus, eines Scheins unsere Marine zu Grunde gerichtet werden? In der nächsten Zeit wird uns das Gesetz betr. die Controle des Rechnungswesens im Bunde vorliegen; ich kann ihm in seiner jetzigen Gestalt nicht zustimmen, und doch werde ich einer provisorischen Regelung durch die preußische Oberrechnungskammer nothgedrungen beistimmen müssen. Heute ist mir ein dahin gehendes Amendement des Abg. Kirchmann vor Augen gekommen. Sie beabsichtigen also, in jenem Falle dasselbe zu thun, was wir heute wollen, nämlich eine provisorische Regelung, bis die Frage in ihrem Sinne definitiv geordnet ist. Sie selbst fühlen den großen Unterschied zwischen endgiltigen Maßregeln und einer augenblicklichen Ausflucht, obwohl Sie denselben heute fortleugnen wollen. Es ist freilich schlimm, daß die Regierungen glauben, mit Provisorien fertig zu werden; es wird dadurch die Kräftigung des Landes in bedenklicher Weise gefährdet, bewilligen wir aber auch diese Provisorien nicht, so machen wir uns zu Mitschuldigen an dem vertheidigungslosen Zustande unseres Vaterlandes, der uns zwingt, vor jeder skandinavischen Union zu zittern. Ich bitte Sie, für die Vorlage zu stimmen, wenn Sie das verhüten, wenn Sie das Land nicht gefährden wollen, weil Sie sich mit einer widerstrebenden Regierung nicht zu einigen im Stande sind. (Beifall.)

Abg. v. Kirchmann: Will das Haus heute ein Votum abgeben in directem Gegensatze zu zwei frühern Abstimmungen? Abg. Lasker ermahnte damals das Haus, nicht nachzugeben, wenn man ihm nicht sein volles Recht auf die Controlle der Schulden gewähre, die Regierung rechne auf einige schwache Leute. (Hört, hört!) Heute glaubt er, die Bewilligung in etwas modificirter Form empfehlen zu müssen. Der erbittertste Gegner kann keinen heftigern Schlag gegen den Reichstag führen, als dieser es selbst thun würde, wenn er heute ja sagt; nichts könnte seine Autorität mehr schwächen, als wenn er heute bewilligte, was er vor 7 und vor 2 Monaten wiederholt abgelehnt hat. (Sehr wahr!) Was soll unser Volk zu einer solchen Inconsequenz sagen? Entweder muß es die Mitglieder des Hauses für sehr unsicher in ihrem Urtheile, oder für sehr schwach in ihrem Charakter halten. (Sehr richtig!) Ich bestreite, daß die Verhältnisse sich seitdem in irgend einer Weise geändert haben; die Vorlage ist nur ein anderer Weg, der die Umkehr der Majorität maskiren soll. (Sehr wahr!) Durch Annahme desselben arbeiten Sie denen in die Hände, die den Parlamentarismus bekämpfen und in den Parlamenten nur Geldbewilligungsmaschinen zu sehen gewohnt sind. Der Abg. Lasker sucht seine Abstimmung dadurch zu rechtfertigen, daß es sich nur um ein Provisorium ad hoc handele. Diesen Grund haben wir bereits oft an dieser Stelle gehört und er kehrt bei jedem einzelnen Falle wieder. Wenn sich der Abg. Lasker dabei auf mein Amendement zu dem Gesetz auf das Rechnungswesen beruft, so übersieht er den großen Unterschied zwischen jener und der vorliegenden Frage, daß dort noch nicht ein zweimaliges Votum des Hauses der von mir vorgeschlagenen Lösung entgegensteht und ein unumgängliches Bedürfniß vorliegt, eine Behörde zur Revision der Rechnungen zu schaffen.

Dieses Bedürfniß erachte ich heute als nicht erwiesen. Für den bloßen currenten Dienst in der Marine sind 3 Millionen ausreichend; diese müssen durch Matricularbeiträge aufgebracht werden, wenn Sie nicht das unglückliche und verderbliche Princip zur Geltung bringen wollen, die Lasten so viel wie möglich auf die Nachkommen abzuwälzen; diese Last kann auch von Allen leicht getragen werden, denn auf die kleineren Staaten fällt dabei ein Antheil von kaum 1000 Thalern. Eine Mehrbewilligung aber scheint mir augenblicklich weder dringend geboten, noch vortheilhaft. Der Abg. Lasker behauptet zwar, daß seit der Bewilligung der Anleihe nichts geschehen sei, um Ihre Ansichten darüber zu ändern, ich erinnere Sie aber an die neuesten Erfahrungen, wonach selbst die siebenzölligen Panzer in Folge des neuen Pulvers und der neuen Projectile keine Sicherheit mehr gewähren. Außerdem erinnere ich Diejenigen, die in Kiel waren, daran, daß von fast allen Autoritäten erhebliche Zweifel ausgesprochen worden sind, ob es sich empfehlen würde, den Hafen in der von der Regierung projectirten Weise befestigen zu lassen. Ich meine, daß wir hiernach wohl Gründe haben, mit Bewilligung von großen Ausgaben, namentlich für den Bau von Panzerschiffen, vorsichtig zu sein, und würde es für kein Unglück halten, wenn die Anleihe nicht sofort realisirt würde. Wenn der Abg. Lasker glaubt, durch augenblickliche Nachgiebigkeit den Streitpunkt beseitigt zu haben, so möchte ich ihn doch auf den Charakter des Staatsmannes hinweisen, mit dem wir es zunächst zu thun haben. Ich will die großen Leistungen des Grafen Bismarck nicht in Zweifel ziehen, Jeder von Ihnen aber wird mir zugeben, daß er bei seinen Bestrebungen von einem außerordentlichen Glück unterstützt worden ist. Wer konnte erwarten, daß unsere Armee solche Wunder der Tapferkeit thun (Unruhe rechts), daß unsere Führer mit solcher Umsicht und strategischem Talent zu Werke gehen würden? (Widerspruch und Heiterkeit.)

Wir hatten seit 50 Jahren keinen größeren Krieg geführt, unsere Stärke also und die Schwäche der Gegner stand nicht so fest, daß man bestimmt darauf rechnen konnte. Wenn der Graf Bismarck also von fast wunderbarem Glück begünstigt, sein Ziel erreichte, so darf es nicht Wunder nehmen, daß sich ein starres Festhalten an seinem Willen entschieden ausgeprägt hat, und daß es ihm schwer wird, sich jetzt in die Schranken zu fügen, die nach constitutionellen Grundsätzen dem leitenden Staatsmanne gezogen sind. Ich erinnere Sie an die Verhandlungen über den Provinzialfonds und noch bei Berathung des Bundesschuldengesetzes deutete er ziemlich unverhohlen auf die Möglichkeit hin, eine Anleihe ohne Bundesgesetz zu machen. Als er später noch davon zurückkam, zeigte sich wieder seine Empfindlichkeit über unsere Beschlüsse darin, daß er den currenten Dienst der Marine leiden ließ. Durch seine ganze bei der damaligen Verhandlung gehaltene Rede ging der eine Gedanke: „Ich habe 1866 den Staat gerettet, und deshalb kann ich mir auch jetzt in der ruhigen Zeit des Friedens die Schranken nicht gefallen lassen, die mir die Gesetze ziehen wollen.“ Diese Logik verstehe ich zwar nicht, sie beweist aber, daß wir es mit einem Charakter zu thun haben, bei dem ein Nachgeben zu Nichts führt. Wenn Sie heute Concessionen machen, so haben wir bei der nächsten Gelegenheit den Conflict von Neuem. Halten Sie deshalb Ihre früheren Beschlüsse aufrecht. Gerade hier ist ein Punkt für den Reichstag, sich die Stellung zu sichern, die ihm zukommt. (Beifall.)

Abg. Graf Bethusy-Huc: In Bezug auf die psychologischen Auseinandersetzungen über den Charakter des Herrn Bundeskanzlers will ich dem Herrn Vorredner nur bemerken, daß der Graf Bismarck die Verhältnisse vor dem Kriege klar erkannt und die Folgen mit Schärfe vorausgesehen hat; ich bin bereit, ihm privatim Beweise für diese Behauptung beizubringen. Der Vorwurf der Inconsequenz, wenn wir die heutige Vorlage annehmen, ist ungerechtfertigt. Wir befinden uns in voller Uebereinstimmung mit dem früheren Beschluß, durch den wir die Anleihe bewilligt haben, und würden durch Ablehnung der Vorlage uns mit diesem in Widerspruch setzen. Von einem Aufgeben des § 17 ist nicht die Rede; wir beschließen nur, darüber heute nicht zu discutiren. Die Furcht, daß der Respect vor der Landesvertretung durch unsern Beschluß gefährdet werden würde, theile ich nicht, und was hilft auch der Respect vor der Vertretung eines Landes, das beim Auslande selbst keinen Respect genießt? Ich habe das erste Mal ebenfalls für den Antrag auf Beamtenverantwortlichkeit gestimmt, jedoch in größerer Voraussicht als der Abg. Lasker bereits bei der Berathung des Gesetzes vor 2 Monaten mein erstes Votum fallen lassen, weil ich die Marine nicht gefährden wollte. Die Gegner der Vorlage erinnern mich an die Geschichte des Salomonischen Urtheils; sie wollen, um auf ihrem Rechte zu bestehen, lieber das Kind, die Flotte, zertheilt sehen. Ich bitte Sie, geben Sie den von ihnen geltend gemachten Gründen kein Gehör, und gefährden Sie nicht Ihr eigenes Vaterland aus Liebhaberei zu constitutionellen Theorien. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Löwe: Es macht einen sehr peinlichen Eindruck, von allen Seiten die Enthüllung von neuen Conflicten und von großen Gewissensbedrängnissen zu hören, die zu einem den eigenen Anschauungen durchaus widersprechenden Entschlusse geführt haben, der lediglich veranlaßt worden ist durch — Conjecturalpolitik. So unmittelbar, wie jene Herren es darstellen, sind die Verhältnisse gar nicht an uns herangetreten. Der Abg. Lasker hat gesagt: „Nur eine unmittelbare Gefahr des Vaterlandes könne ihn veranlassen, von dem früher ausgesprochenen Grundsatze abzugehen‘, und in der Bedrohung der Entwickelung der Marine sieht er eine solche unmittelbare Gefahr. Zwischen der Gefahr des Vaterlandes und der Entwickelung der Marine liegt aber noch ein gewaltiger Abgrund. Herr Lasker hat auch gleich hinzugefügt, daß er später in ähnlichen Fällen wieder ganz ebenso handeln würde. So sehr ich auch seine Offenheit anerkenne, muß ich ihm doch hierbei das bekannte Sprichwort ins Gedächtniß zurückrufen: „Es giebt viele Dinge, die man im Nothfall thut, aber nicht sagt.“ (Beifall links.) Möge Herr Lasker dies später doch in der Stille thun; heute aber der Regierung schon zu sagen, was man später auch noch thun will, halte ich nicht für gut; und ich hätte in der That Herrn Lasker für einen besseren Geschäftsmann gehalten. (Beifall.) Das Hineinziehen der Conjecturalpolitik ist um so unangemessener, wo es sich um große Gewissensbedenken handelt, zumal hier, wo die Herren gleichzeitig das Bekenntniß hinzufügen, daß sie sich mit ihrer frühern Conjectur in Betreff der Folgen ihres frühern Beschlusses getäuscht haben. Fällt es Ihnen denn jetzt, wo Sie Ihren Beschluß einer anderen Conjectur halber ändern wollen, nicht ein, daß Sie diese Conjectur wieder ebenso täuschen kann? Sie haben nicht geglaubt, daß die Bundesregierung durch das bloße Wort „Verantwortlichkeit“ so stutzig werden könnte; Sie haben es nun aber gesehen.

Die Dinge liegen aber gar nicht so schlimm, wie sie dargestellt werden, und wir sollten uns darüber nicht überflüssig echauffiren; man sollte nicht von Entwaffnung und Bedrohung des Vaterlandes sprechen. Ich wenigstens habe nicht das Gefühl, daß ich um so viel reicher an Patriotismus und Hingebung an das Vaterland wäre, als die Regierungen, als die Fürsten, als der König von Preußen, wenn ich für dies Gesetz stimmen könnte. (Beifall.) Weshalb soll ich denn die Noth des Vaterlandes früher fühlen, als die Fürsten, als der König von Preußen in ihrem Patriotismus? (Beifall.) Ich bin bescheiden und lasse jenen gern den Vorzug. (Beifall); mögen Sie den Patriotismus in derselben Weise zeigen, wie der Abgeordnete Lasker Ihnen denselben vorgezeichnet hat. (Lebhafter Beifall links.) — In den von dem Vorredner beigebrachten Motiven vermisse ich durchaus eine Begründung für die Nothwendigkeit einer Anleihe. Man hat ganz allgemein gesprochen von einer Entwaffnung der Marine, ohne auch nur den geringsten Beweis beizubringen. In der Zusammenstellung, die uns zur Erläuterung des Etats übergeben worden ist, steht noch eine ganz hübsche Anzahl von Schiffen. — Warten wir doch erst einmal, bis die Regierung uns vorlegt, wozu sie die Gelder verwenden will. Können wir denn, wenn wir uns einmal betrachten, was seit 1850 mit dem für die Marine verwandten Gelde geschehen ist, so großes Vertrauen zur Verwaltung der Marine haben, daß wir immer Geld geben, ohne die Verwendung genau zu prüfen? — Wenn nun gerade von der Nothwendigkeit der Abschaffung großer Schiffe die Rede ist, — deren Bewunderer ich übrigens nie gewesen bin — so haben es die neuesten Ermittelungen über die Haltbarkeit der Panzerschiffe doch sehr fraglich gemacht, ob auf diesem Wege die Stärke der Marine und die Sicherheit des Landes begründet wird. Wenn uns ein wirklicher Marineplan vorliegt, dann läßt sich darüber näher sprechen.

Man hat uns nun gesagt: „Aus Patriotismus sollen wir ein solches ungenügendes Provisorium schaffen. Glauben Sie denn etwa, daß der Fürst Hardenberg, als er gewissermaßen am Schlusse seiner Wirksamkeit das Gesetz von 1817 gab, dadurch weniger Liebe zu Preußen und Deutschland bekundet hat, als früher? Glauben Sie, daß er vielleicht „aus Bosheit“ ein solches Gesetz gegeben hat, oder glauben Sie nicht vielmehr, daß er dadurch, daß er durch das Gesetz dem Absolutismus eine Schranke setzte, die Absicht hatte, dem Vaterlande einen wichtigen Dienst zu leisten? — Die historische Erfahrung lehrt, daß man die Sicherheit der Staaten nicht vergrößert, wenn man diese Schranken wegreißt, sondern daß es ein glückliches Beginnen für einen Staat ist, wenn in Geldfragen, wenn auch nicht absolute, so doch relative Hindernisse aufgerichtet werden. (Beifall links.)

Bundes-Commissar Delbrück: Der Herr Vorredner hat darauf hingewiesen, daß er einen dringenden Grund zur Votirung des vorliegenden Gesetzes, das die Realisirung der Marine-Anleihe nothwendig machen soll, nicht erkennen könne, da ja anscheinend die verbündeten Regierungen selbst keine dringenden Gründe dafür hätten. Ich dächte, die Thatsche, daß diese Vorlage von den Regierungen eingebracht worden ist, spräche dies genügend aus. Theilten die verbündeten Regierungen nicht die Ansicht, daß große Interessen des Vaterlandes es erheischten, die Marine in ihrer Entwickelung fortzuführen, so würden sie Anstand genommen haben, diese Vorlage zu machen, die auch sie, als an sich vollkommen, nicht anerkennen können. Der Weg der Verständigung, den die Regierungen durch diese Vorlage betreten haben, beweist hinlänglich, welch hohen Werth sie darauf legen, die Anleihe zu realisiren und die Marine-Entwickelung zu fördern. — Eine Vorlage darüber zu machen, in welcher Weise das Geld verwandt werden soll, ist die Regierung nicht in der Lage, bevor sie nicht sieht, daß die Anleihe zu Stande kommt. — Wenn, wie ich hoffe, der Reichsrath diesem Gesetze seine Zustimmung ertheilt, und wenn, wie ich hoffe, dies noch heute geschieht, so werde ich noch in der heutigen Sitzung in der Lage sein, näheren Aufschluß über diese Frage zu geben.

Abg. Frhr. v. Moltke: Welcher verständige Mensch, meine Herren,

sollte nicht wünschen, daß die enormen Ausgaben, die in Europa für Kriegsfälle gemacht werden, lieber zu Friedenszwecken verwendet würden? Aber auf dem Wege, wie einer der Herren Vorredner es gemeint hat, auf dem Wege internationaler Verhandlungen wird das sicherlich nie zu Stande kommen. (Zustimmung.) Es ist ja der Krieg nur eine Fortsetzung der Politik mit anderen Waffen. Ich sehe für jenen Zweck nur eine Möglichkeit und das ist: daß im Herzen von Europa sich eine Macht bilde, die, ohne selbst eine erobernde zu sein, so stark ist, daß sie ihren Nachbarn den Krieg verbieten kann. (Lebhafter Beifall.) Eben deswegen glaube ich, daß, wenn dies segensreiche Werk je zu Stande kommen soll, es von Deutschland ausgehen wird, aber erst dann, wenn Deutschland stark genug sein wird, das heißt, wenn es geeinigt ist. Auch im Militär, meine Herren, verfolgen wir die Fortschritte der Wissenschaft und die Erfindungen, die anderwärts gemacht werden. Aber die Erfindung ist noch lange nicht das, was aus ihr geschaffen werden kann, es kommt darauf an, sie kriegsfertig zu machen. Unser vortreffliches Zündnadelgewehr ist vor langen Jahren erfunden worden, wir haben aber mehr als 20 Jahre gebraucht, um daraus eine wirklich für den Krieg brauchbare Waffe und einen Vorrath von Millionen herzustellen. Es würde also lange nicht genügen zu beobachten, was anderwärts geschieht, sondern wir müssen selbst damit Proben machen. Es ist gesagt worden, daß die humane russische Regierung die explodirenden Geschosse abschaffen wolle. Es handelt sich dabei eigentlich nur darum, daß man in Rußland explodirende Gewehrkugeln nicht einzuführen wünscht; ob aber die russische Regierung die Shrapnells und Granaten abschaffen wird, so lange noch die anderen Mächte sich derselben bedienen, daran zweifele ich sehr, (Heiterkeit.) Es ist ferner gesagt worden, daß die Geschütze doch schließlich alle Panzer durchbrechen werden. Wenn der Herr Vorredner uns davon die Versicherung geben kann, so würden wir sehr kostspielige Versuche sparen können. Ich fürchte aber, daß wir vielleicht noch zwei Kriege zu führen haben werden, ehe diese Frage entschieden ist, worin wir sowohl Panzerschiffe wie Befestigungen brauchen werden. Wie der Herr Vorredner dies Argument gegen den Hafen von Kiel brauchen kann, das begreife ich nicht. Meine Herren! Unsere Nachbarn wissen wohl — auch diejenigen, die so thun, als ob sie es nicht wüßten — daß wir sie nicht angreifen wollen. Aber sie sollen auch wissen, daß wir uns nicht angreifen lassen wollen und dazu brauchen wir eine Armee und eine Flotte, und ich vertraue auf den Patriotismus dieses hohen Hauses, daß es das von den Regierungen gebotene Gesetz annehmen wird. (Lebhafter Beifall).

Abg. Dr. Braun (Wiesbaden): Die Citate, die der Abg. v. Kirchmann aus den früheren Reden von Collegen gemacht, hätte er sich besser erspart; er hätte dafür lieber classische Autoren citiren sollen. (Heiterkeit.) Er wolle uns dadurch Inconsequenz in unserer Haltung nachweisen, weil wir heute nicht dasselbe sagen, was wir vor 6 Wochen gesagt haben. Die Gründe, welche aus der Anschauung hervorgehen, wie man sich selbst am besten gefällt, oder bei seinen Wählern am besten recommandirt, sind allerdings bei uns den Gründen untergeordnet, die sich auf die allgemeine politische Lage und auf das Wohl des Vaterlandes beziehen. Das Citat, das Herr von Kirchmann aus der Rede Laskers beigebracht hat, leidet aber auch außerdem an der wesentlichen Unrichtigkeit, daß ein einzelner Satz aus dem Zusammenhange herausgerissen und gerade die entscheidende Stelle weggelassen ist. Es heißt nämlich in der Laskerschen Rede weiter unten: „daß wir nur mitwirken wollen zur definitiven Organisation von Behörden unter Bedingungen, die wir für angemessen halten ꝛc.“ Heute ist aber nicht von einer definitiven Organisation, sondern nur von einem provisorischen modus videndi in Bezug auf die bereits bewilligten 10 Millionen in Rede; wenn wir hierbei einen andern Standpunkt einnehmen, so liegt darin kein Widerspruch; denn das sind zwei, fundamental ganz verschiedene Fragen, die man nicht confundiren darf; und das Volk, an dessen Urtheil Herr v. Kirchmann appellirte, wird wohl so viel Verstand haben, um denen, die heute für die Vorlage stimmen, nicht auch „entweder den Verstand, oder den Charakter abzusprechen, wie Herr v. Kirchmann gethan, sondern um einzusehen, daß der Reichstag mit diesem Votum in dem gegebenen Fall und zur gegebenen Zeit das gefunden hat, was dem Bedürfnisse der Nation entspricht (Beifall rechts).

Der Abg. Löwe hat meinen Freund Lasker einen „schlechten Geschäftsmann“ genannt, weil er vorher gesagt hat, daß er in einem ähnlichen Falle später immer wieder so handeln würde. Ich kann das nicht finden; denn wenn er auch geschwiegen hätte, die Bundesgewalt wird doch wohl so viel Kenntniß seiner Person und seiner Partei haben, daß sie ihr zutraut, daß sie in gewissen Fällen sich nur vom Patriotismus bestimmen lassen. (Gelächter links. Ruf: Sehr wahr! links, Redner anscheinend etwas erregt über diesen Ruf.) Sie rufen: Sehr wahr! und ich freue mich, daß es wahr ist, und auch das deutsche Volk hat Ursache, sich darüber zu freuen, daß für die Majorität des Reichstages in gewissen Fällen mir der Patriotismus maßgebend ist. (Beifall rechts.) — Man hat nun ferner gesagt: „Weshalb sollen wir gerade entgegenkommen? Weshalb thun es nicht die Regierungen?“ — Ich sage darauf: Die Bundesgewalt hat mit dem Entgegenkommen den Anfang gemacht, dadurch, daß sie diesen Gesetzentwurf gebracht hat. — Die Zweckmäßigkeit eines festen Marineplanes, den der Abg. Löwe vermißte, bezweifle ich, da wir, gegenüber den Fortschritten der Technik mit einem solchen Plane leicht in die Gefahr kommen, entweder ihn bald wieder ändern zu müssen oder mit der vielgerühmten Consequenz verkehrte Dinge zu machen. Wenn man aber aus einem solchen Grunde gegen den Gesetzentwurf ist, so sage man es geradezu, und schiebe nicht andere Gründe vor. — Man hat uns nun gesagt: jetzt wäre die Zeit da, den Stier bei den Hörnern zu fassen, — ich bedauere, daß das verehrliche Mitglied für Mecklenburg, welches Techniker in einer solchen Frage ist, durch seine Karlsbader Kur verhindert ist, an den Sitzungen Theil zu nehmen, meine aber auch, daß die Verhandlungen des Reichstages nichts weniger in der Welt sind, als Stiergefechte. Gewiß, wir sind der Ueberzeugung, daß vor allen Dingen ein verantwortlicher Kriegsminister und Finanzminister in unseren Bund eingeführt werden müssen, und daß dies auch möglich ist; in diesem Augenblick aber läßt es sich doch sicher nicht machen, wo der Chef der Bundes-Verwaltung durch Krankheit an der Leitung der Geschäfte verhindert ist.

In dem vorliegenden Gesetz ist übrigens das Princip der persönlichen Haftbarkeit der Beamten aufs Schärfste ausgesprochen, und ihre Verfolgbarkeit im civilen, wie criminellen Wege, außer Zweifel gestellt. Und die bisherige Führung der Geschäfte von Seiten der preußischen Staatsschulden-Commission bietet uns doch wohl auch genügende Garantie dafür, daß Dinge, wie sie in Oesterreich vorgekommen sind, bei uns nicht möglich sind. Durch die Annahme dieses Gesetzes ist der Reichstag in einer viel besseren Lage der Regierung gegenüber, als das preußische Abgeordnetenhaus. Der Reichstag hat Decharge zu ertheilen; kann er sie nicht ertheilen, so kann er die Bewilligung von Steuern (Matricularbeiträgen) verweigern, während dies nach der preußischen Verfassung nicht möglich ist, da dort „die bestehenden Steuern forterhoben werden.“ Hier ist also die Verantwortlichkeit in Ziffern ausgedrückt, und das ist die schwierigste Form der Verantwortlichkeit. In keinem andern der norddeutschen Bundesstaaten existirt ein Staatsschulden-Gesetz, das mehr Garantien bietet, als das vorliegende. Man führt nun noch allerlei andere Gründe gegen uns an. Was soll man aber z. B. von dem Manne sagen, der uns ein zweites Jena prophezeit und uns dabei räth zu dem schweizerischen Milizsystem? der uns empfiehlt, dem Feinde gegenüber zu treten in der paradiesischen Ausrüstung blos mit dem Feigenblatte und der Friedenspfeife? (Beifall rechts, Unruhe und Widerspruch links.) Ich habe hiermit übrigens kein Mitglied und keine Partei dieses Hauses gemeint. — Daß wir auf dem richtigen Wege sind, in dieser Ueberzeugung werde ich noch bestärkt durch die Haltung der Parteien, welche als ihr Ziel erklären die deutsche Einheit in Form der Föderativ-Republik für deren Herstellung das einzige Hinderniß Preußen ist und die deshalb Preußen zertrümmert wissen wollen. Diese kündigen uns Fehde auf Leben und Tod an, wenn wir diesem Gesetze zustimmen. Gerade diese negative Autorität wird für mich zur positiven, wenn ich auch auf die Drohung kein allzugroßes Gewicht lege; denn es giebt Kinder, die gern mit Schwefelhölzern spielen möchten, aber sie haben keine. (Beifall rechts.)

Von drei Seiten wird der Schluß der Generaldebatte beantragt, derselbe wird angenommen. (Schluß folgt.)

---

**Berlin**, 15. Juni. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat den Wirkl. Geh. Ober-Regierungs-Rath Costenoble zum Wirkl. Geh. Rath mit dem Prädicat „Excellenz“; den Seminar-Director Menges in Münsterberg zum Regierungs- und Schul-Rath ernannt; und dem practischen Arzt ꝛc. Dr. Liebert in Charlottenburg den Charakter als Sanitätsrath verliehen. (St.-Anz.)

**Schwerin**, 15. Juni. [Zollverein.] Gegenüber der Meldung einiger Zeitungen, daß der Eintritt Mecklenburgs in den Zollverein definitiv auf den 1. Juli d. J. festgesetzt sei, wird an unterrichteter Stelle versichert, daß über den Zeitpunkt des Eintritts noch nichts festgesetzt ist. Die nothwendigen Vorarbeiten dürften bis zum 1. Juli noch nicht vollendet sein.

**Kiel**, 15. Juni. [Marine.] Der Brand auf der Fregatte „Hertha“ ist durch Wassereinlauf gelöscht worden. Das Schiff sank bis über die Kupferhaut und ist heute noch nicht leer gelaufen.

**Gotha**, 15. Juni. [Der Speciallandtag] des Herzogthums hat **en bloc** das Berggesetz angenommen und die Aufhebung des Bergregals genehmigt.

---

**Darmstadt**, 15. Juni. [In Abgeordnetenkreisen] wird die Einbringung einer Regierungsvorlage betreffend die Ermächtigung zur Aufnahme einer Anleihe von 1 Million Fl. für die außerordentlichen Militärbedürfnisse als nahe bevorstehend bezeichnet.

## Oesterreich.

**Wien**, 15. Juni. [Telegraphen-Conferenz — Serbisches.] Die Mitglieder der internationalen Telegraphen-Conferenz waren heute zur kaiserlichen Hoftafel geladen. — Die „N. fr. Pr.“ will wissen, Lord Stanley hahe durch den britischen Consul der provisorischen Regierung in Belgrad erklären lassen, England sei fest entschlossen, dahin zu wirken, daß die Frage der serbischen Thronfolge, unbeirrt durch auswärtige Einflüsse und ausschließlich dem Willen des serbischen Volkes entsprechend, möglichst rasch erledigt werde.

**Prag**, 15. Juni. [Der Prinz Napoleon,] begleitet von dem Bürgermeister Prags, besichtigte gestern die Sehenswürdigkeiten der Stadt und empfing eine Deputation des czechischen Arbeitervereins, sowir die Herren Palacki und Rieger. Der Prinz wird heute nach Wien zurückreisen.

---

**Breslau**, 16. Juni. Angekommen: Se. Durchl. Herzog v. Dino, Graf zu Talleyrand-Perigord, a. Günthersdorf. Graf v. Hoyos-Sprinzenstein, kais. königl. Kämmerer, a. Wien. Graf v. Pourtales, königl. Kammerherr, Landesält. u. Ceremonienmeister, a. Glumbowitz Se. Durchl. Fürst Jablonowski, a. Krakau. Ihre Durchl. Fürstin Jablanowska, desgleichen. (Int.-Bl.)

---

E. **Hirschberg**, 15. Juni. [Se. Majestät der König] traf heute Nachmittag per Extrazug, nicht wie früher bestimmt worden, um 2 Uhr 45 Min., sondern 2 Uhr 25 Min. am hiesigen Boberviaduct, der festlich geschmückt war, ein. Eine wahre Völkerwanderung von „Hoch und Niedrig“ der Bewohner von Stadt und Land hatte nach dem terrassenartigen Terrain vor dem Viaducte stattgefunden, um den König zu sehen. Auch Ihre königl. Hoheit die Prinzessin Louise war zur Begrüßung desselben erschienen, der bei seinem Austritt aus dem Salonwagen mit den Klängen der Volkshymne (von der Elger'schen Kapelle ausgeführt), begrüßt wurde. Nach kurzem Zwiegespräch mit der Prinzessin Lonise betrat Se. Majestät die Treppe, schritt zwei Stufen derselben hinab, sich umschauend, und kehrte dann wieder um, worauf ihm von Graf v. Canitz eine Photographie des Viaduct überreicht wurde, welche der König huldreich entgegen zu nehmen geruhte. Der Aufenthalt Sr. Majestät dauerte kaum 10 Minuten; ein tausendfältiges Hoch begleitete den Monarchen auf seiner Weiterreise. Am festlich geschmückten Bahnhofe hatten sich der Landrathsamtsverweser Graf von Canitz, die Mitglieder des Magistrats und der Stadtverordneten, sowie die Spitzen der Militärbehörden ꝛc. ꝛc. zur Begrüßung des Landesvaters eingefunden. Das herrliche Wetter gestattete dem König einen ungetrübten Anblick unserer schönen Gegend.

## Meteorologische Beobachtungen.

| Der Barometerstand bei 0 Grd. in Pariser Linien, die Temperatur der Luft nach Reaumur. | Barometer. | Luft-Temperatur. | Windrichtung und Stärke. | Wetter. |
|---|---|---|---|---|
| Breslau, 15. Juni 10 U. Ab. | 334,50 | +16,4 | O. 0. | Heiter. |
| 16. Juni 6 U. Mrg. | 334,46 | +14,6 | SO. 0. | Dunstig. |

**Breslau**, 16. Juni. [Wasserstand.] O.-P. 15 F. 11 Z. U.-P. 2 F. 7 Z.

## Telegraphische Depeschen
aus dem Wolff'schen Telegraphen-Bureau.

**Freiburg**, 16. Juni. Heute Morgen um 8¼ Uhr hielt Se. Majestät der König, vom schönsten Wetter begünstigt, in Fürstenstein große Parade über das 2. Schles. Jäger-Bataillon Nr. 6 ab. Se. Majestät schritt mit der zahlreichen Suite die Front entlang; hierauf folgte zweimaliger Vorbeimarsch, wobei sich Se. Majestät gegenüber dem Bataillons-Commandeur über die musterhafte Haltung der Truppen sehr zufriedenstellend aussprach.

Nach der beendigten Parade, welcher auch Ihre Durchlaucht di Frau Fürstin von Pleß beiwohnte, ließ sich Se. Majestät die im Bataillon Decorirten vorstellen. Um 8¾ Uhr fand eine Ausfahrt nach den Plätzen und alten Burg statt. (Tel. der Bresl. Ztg.)

**Belgrad**, 15. Juni. Neue Verhaftungen haben stattgefunden. — Aus allen Gegenden des Landes gehen Zustimmungsadressen zur Wahl Milan's ein. — Der britische Gesandte in Konstantinopel ließ der provisorischen Regierung das Beileid der englischen Regierung ausdrücken.

**Belgrad**, 15. Juni. Die Leichenfeier ist in größter Ordnung vor sich gegangen. Der Leichnam des Fürsten Michael wurde in der Familiengruft der Kathedrale beigesetzt. Die Fürstin Julie und sämmtliche Vertreter der fremden Mächte wohnten dem Begängnisse bei. Es heißt, der junge Milan werde der Fürstin Wittwe zur Erziehung übergeben werden, und würde die Fürstin bis zur Großjährigkeit des Prinzen an der Regentschaft theilnehmen.

## Telegraphische Course und Börsennachrichten.
(Wolff's Telegraphisches Bureau.)

**Paris**, 15. Juni, Nachmittags 12 Uhr 40 Min. 3% Rente 70, 85. Ital. Rente 53, 20. Lombarden 380, 00. Staatsbahn 566, 25. Amerikaner 82¾. Sehr fest.

**Paris**, 15. Juni, Nachm. 3 Uhr. Fest. Consols von Mittags 1 Uhr waren 94 15/16 gemeldet. Schluß-Course: 3proc. Rente 70, 92. Italien. 5proc. Rente 53, 70. Oesterr. Staats-Eisenbahn-Actien 568, 75. dito ältere Prioritäten —, —. dito neuere Prioritäten —, —. Credit-Mobil.-Actien 313, 75. Lombard. Eisenbahn-Actien 381, 25. dito Prioritäten 217, 50. 6proc. Ver. Staaten-Anl. pr. 1882 (ungest.) 82⅞. Wenig Geschäft.

**London**, 15. Juni, Nachm. 4 Uhr. Schluß-Course: Consols 94 15/16. 1proc. Spanier 38 1/16. Italien. 5proc. Rente 52 15/16. Lombarden 15 1/16. Mexicaner 16 3/16. 5proc. Russen 85½. Neue Russen 84⅞. Silber 60 7/16. Türkische Anleihe von 1865 38 11/16. 6proc. Verein. Staaten-Anl. pr. 1882 73 3/16.

**Frankfurt a. M.**, 15. Juni, Abends. [Effecten-Societät.] Sehr beliebt, Schluß etwas matter. Amerikaner 77 11/16, pr. ultimo 77 9/16. Credit-Actien 202½ à 202. Steuerfreie Anleihe 52. 1860er Loose 74⅝. 1864er Loose 90¾. National-Anleihe 54⅛. Englische Anleihe de 1859 63⅞. Staatsbahn 263¾, pr. ultimo 262½. Alsenzbahn 85⅞.

**Bremen**, 15. Juni. Petroleum, Standard white, loco 5 17/24.

**Wien**, 15. Juni, Abends. [Abend-Börse.] Credit-Actien 191, 30. Nordbahn —, —. 1860er Loose 84, 25. 1864er Loose 88, 00. Böhmische Westbahn —, —. Staatsbahn 257, 30. Galizier 199, 40. Steuerfreies Anlehen —, —. Napoleonsd'or 9, 23. Lombarden 174, 90. Ungarische Creditactien —, —. — Fest.

**Hamburg**, 15. Juni, Nachm. 2 Uhr 30 Minuten. [Getreidemarkt.] Weizen und Roggen loco matt, auf Termine Anfangs weichend, später fester. Weizen pr. Juni 5400 Pfd. netto 149 Bancothaler Br., 148 Gld., pr. Juni-Juli 143 Br., 142 Gld., pr. Juli-August 137 Br., 136 Gld. Roggen pr. Juni 5000 Pfd. Brutto 91 Br., 90 Gld., pr. Juni-Juli 90 Br., 89 Gld., pr. Juli-August 87 Br., 86 Gld. Hafer sehr stille. Rüböl stille, loco und pr. Juni 21, pr. October 22. Spiritus stille, 25½. Kaffee verkauft 1000 Sack Rio loco. Zink sehr geschäftslos. — Schönes Wetter.

**Liverpool**, 15. Juni, Mittags. Baumwolle: 8000 Ballen Umsatz. Ruhiger Markt. New-Orleans 11. Georgia 10¾. Fair Dhollerah 9. Middling fair Dhollerah —. Good middling Dhollerah 8¼. Bengal 8. Good fair Bengal 8½. Fine Bengal —. New fair Domra 9. Good fair Domra 9½. Pernam 11. Egyptische 12. Smyrna 9½. Domra April-Verschiffung 8¼.

— 15. Juni. (Schlußbericht.) Baumwolle: 10,000 Ballen Umsatz, davon für Speculation und Export 2000 Ballen. Ruhiger Markt.

**Newyork**, 15. Juni, Abends 6 Uhr. (Pr. atlantisches Kabel.) Wechsel auf London in Gold 110⅛. Goldagio 40⅜. Bonds 112⅞. 1885er Bonds 111. 1904er Bonds 106½. Illinois 155. Erie 69¾. Baumwolle 29. Petroleum 31½. Mehl 9,00.

**Antwerpen**, 15. Juni, Nachm. 2 Uhr 30 Min. Petroleum-Markt. (Schluß-Bericht.) Ruhig, geschäftslos. Raffinirtes, Type weiß, loco 47, pr. August 49, pr. September 52, pr. Oct.-Decbr. 51.

**Paris**, 15. Juni. Nachmittags. Rüböl pr. Juni 87, 50, pr. Juli-August 88, 00, pr. Sept.-Decbr. 88, 25. Mehl pr. Juni 78, 50, pr. Juli-August 74, 75 Baisse. Spiritus pr. Juni 83, 50.

**London**, 15. Juni. Getreidemarkt. (Schlußbericht). Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 31,359, Gerste 14,803, Hafer 48,463 Quarters. Englischer Weizen knapp, nur ausgezeichnete Qualität 1 Sh. höher, fremder leblos, Preise nominell. Gerste im Laufe letzter Woche 1 Sh. gewichen. Hafer lebhaft. Stadt-Mehl 4 Sh. niedriger. Leinöl loco Hull 32. — Sehr schönes Wetter.

**Amsterdam**, 15. Juni, Nachmitt. 4 Uhr 30 Min. Getreidemarkt (Schlußbericht). Weizen fest. Roggen pr. Juni 212, pr. Juli 211. Rüböl pr. November-December 34¼.

---

**Berlin**, 15. Juni. Die Börse war, durch die gute Haltung der fremden Plätze veranlaßt, in sehr günstiger Stimmung, welche namentlich bei den österr. Papieren sich Geltung verschaffte. Reges Geschäft zu höherer Notiz zeigte sich besonders in Credit, Franz. und Lomb., wozu sich noch gute Frage in Italienern fand, die deren Coursstand abermals aufbesserte. Von den österr. Fonds hoben sich 1860r und 1864r bei mäßigen Umsätzen, die andern Effecten waren gut behauptet. Die russ. Anl. sind vernachlässigt und nur Präm.-Anl. wieder etwas erholt. Russ. Priorit. sind matter und darin mehr Angebot hervortretend. Amerikaner zeigten sich fest und im Preise anziehend, auch Rumän. hoben sich wieder, ebenso zogen die Deutschen Präm.-Anl. etwas an. (B.- u. H.-Z.)

## Berliner Börse vom 15. Juni 1868.

**Fonds und Geld-Course.**

| | | |
|---|---|---|
| Freiw. Staats-Anl. | 4½ | 96¼ G. |
| Staats-Anl. von 1859 | 5 | 103½ bz. |
| dito 1854.55 | 4½ | 95½ bz. |
| dito 1857.59 | 4½ | 95¼ bz. |
| dito 1856 | 4½ | 95½ G. |
| dito 1864 | 4½ | 95½ bz. |
| dito 1867 | 4½ | 95½ bz. |
| dito 1850/52 | 4 | 88¼ bz. |
| dito 1853 | 4 | 88¼ bz. |
| dito 1862 | 4 | 88¼ bz. |
| Staats-Schuldscheine | 3½ | 84 bz. |
| Präm.-Anl. von 1855 | 3½ | 120 bz. |
| Berliner Stadt-Oblig. | 4½ | 96¾ B. |
| Pfandbriefe. Kur- u. Neumärk. | 3½ | 77½ bz B. |
| Pommersche | 3½ | 76½ B. |
| Posensche | 4 | — — — |
| dito | 3½ | — — — |
| dito neue | 4 | 85⅝ bz. |
| Schlesische | 3½ | — — — |
| Rentenbriefe. Kur- u. Neumärk. | 4 | 90½ bz |
| Pommersche | 4 | 90⅛ bz. B. |
| Posensche | 4 | 89½ B |
| Preussische | 4 | 88¾ bz. |
| Westph. u. Rhein. | 4 | 91⅛ G. |
| Sächsische | 4 | 91½ et. bz B. |
| Schlesische | 4 | 91¼ bz. |
| Louisd'or 112¼ bz | Oest. Bk. 87¾ bz. | |
| Goldk. 9. 11¾ G. | Russ. Bkn. 83⅝ bz | |

**Ausländische Fonds.**

| | | |
|---|---|---|
| Oesterr. Metalliques | 5 | 49¾ bz. |
| dito Nat.-Anl. | 5 | 55⅝ bz. |
| dito Lot.-A. v. 60 | 5 | 73¾ bz. |
| dito dito 64 | — | 51⅜ bz. G. |
| dito 54er Pr.-A. | 4 | 69½ B. |
| dito Eisenb.-L. | — | 80 et. bz. |
| Ital. neue 5proc. Anl. | 5 | 51⅞ à ¾ bz. |
| Russ.-Engl. Anl. 1862 | 5 | 84⅝ et. bz. |
| dito Poln.-Sch.-Obl. | 4 | 67⅛ bz. |
| Poln. Pfandbr. III. Em. | 4 | 62⅝ bz. |
| dito Liqu.-Pfandbr. | 4 | 54¾ bz. |
| Poln. Obl. à 500 Fl. | 4 | 98 G. |
| dito à 300 Fl. | 5 | 92¼ B. |
| Kurhess. 40 Thlr. Obl. | — | 53¾ bz. |
| Baden. 35 Fl. Loose | — | 29½ et. bz. |
| Amerikan. St.-Anl. | 6 | 78¼ bz. |

**Eisenbahn-Prioritäts-Actien.**

| | | |
|---|---|---|
| Berg.-Märkische | 4½ | 97½ B. |
| dito II. | 4½ | 93½ G. |
| dito IV. | 4½ | 93 b. |
| dito III. v. St. 3½ g. | 3½ | 77⅜ et. bz. B. |
| Cöln-Minden | 4½ | 97½ G. |
| dito II. | 5 | 101½ G. |
| dito | 4 | — — — |
| dito III. | 4 | 83¼ G. |
| dito | 4½ | 93 bz. |
| dito IV. | 4 | 82¾ B. |
| dito V. | 4 | — — — |
| Cos.-Oderb. (Wilh.) | 4 | 82⅜ G. |
| dito III. Em. | 4½ | — — — |
| dito IV. Em. | 4½ | — — — |
| Gal. Ludwigsb. | 5 | 82½ G. |
| Niederschl.-Märk. | 4 | 88 B. |
| dito conv. | 4 | 88¼ B. |
| dito III. | 4 | 83¼ G. |
| dito IV. | 4½ | — — — |
| Ndschl. Zweigb. L. C. | 5 | 99¾ B. |
| Oberschles. A. | 4 | — — — |
| dito B. | 3½ | 78¼ G. |
| dito C. | 4 | 85⅜ G. |
| dito D. | 4 | 85⅜ G. |
| dito E. | 3½ | 77½ G |
| dito F. | 4½ | 93¼ G |
| dito G. | 4½ | 92¼ B. |
| Oesterr.-Franz. | 3 | 261½ bz. |
| Oesterr. südl. St.-B. | 3 | 213 bz. |
| Rhein. v. St. gar. | 4½ | 96½ G. |
| Rhein-Nahe-B. gar. | 4½ | 92 bz. |

**Eisenbahn-Stamm-Actien.**

| Dividende pro | 1866. | 1867. | | |
|---|---|---|---|---|
| Aachen-Mastrich | 0 | 0 | 4 | 37⅜ bz. |
| Amsterd.-Rottd. | 4¾ | 5½ | 4 | 101 bz. |
| Berg.-Märkische | 8 | 7⅞ | 4 | 129⅜ bz. |
| Berlin-Anhalt | 13⅓ | 13 7/12 | 4 | 208½ bz. |
| Berlin-Görlitz | 4 | 4 | 4 | 76⅜ bz. |
| dito St.-Prior. | 5 | 5 | 4 | 96¼ B. |
| Berlin-Hamburg | 9 | 9½ | 4 | 167½ et. bz G. |
| Berl.-Potsd.-Mgd. | 16 | 16 | 4 | 191½ bz. |
| Berlin-Stettin | 8 7/12 | 8 | 4 | 136¼ bz. |
| Böhm.-Westb. | 5 | 5 | 5 | 64¼ G. |
| Breslau-Freib. | 9⅓ | 8 | 4 | 113 bz. |
| Cöln-Minden | 8 1/12 | 8 11/20 | 4 | 128¼ bz. |
| Cosel-Oderberg | 2⅛ | 4 | 4 | 89½ à 90 bz. |
| dito St.-Prior. | 4½ | 4½ | 4½ | 92 à ½ bz. |
| dito dito | 5 | 5 | 5 | 94½ bz. |
| Galiz. Ludwigsb. | 6 | 9½ | 5 | 90⅞ bz. |
| Ludwigsh. Bexb. | 10⅔ | 9⅘ | 4 | 154½ G. |
| Magd.-Halberst. | 14 | 13 | 4 | 161¾ bz. |
| Magd.-Leipzig | 20 | 18 | 4 | 216 bz. |
| Mainz-Ludwgsh. | 7¾ | 8½ | 4 | 129 bz. |
| Mecklenburger | 2 | 2½ | 4 | 72¼ bz. |
| Neisse-Brieger | 6 | 5 1/12 | 4 | 94⅝ bz. G. |
| Niedrschl.-Märk. | 4 | 4 | 4 | 89¼ B. |
| Niedrschl. Zwgb. | 5 | 3¾ | 4 | 76½ bz. |
| Nordbahn, Hess. | — | — | 4 | — — — |
| Oberschl. A. | 12 | 13⅔ | 3½ | 184 bz. |
| dito B. | 12 | 13⅔ | 3½ | 163 bz. |
| dito C. | 12 | 13⅔ | 3½ | 184 bz. |
| Oest.-Fr. St.-B. | 7 | 8⅓ | 5 | 150¾ à ¼ à ⅛ bz. |
| Oestr. südl. St.-B. | 7⅛ | 6⅗ | 5 | 102½ à ¼ bz. |
| Oppeln-Tarnow. | 5 | 5 | 5 | 76 bz. |
| R. Oderuf.-St.-A. | — | — | 5 | 76½ bz |
| R. Oderuf.-St.-Pr. | — | 5 | 5 | 90½ et. bz. B. |
| Rheinische | 6½ | 7½ | 4 | 117¾ bz. |
| dito Stamm-Pr. | — | — | 4 | — — — |
| Rhein-Nahebahn | 0 | 0 | 4 | 28⅜ bz. |
| Stargard-Posen | 4½ | 4½ | 4½ | 83¾ G. |
| Thüringer | 7⅔ | 8⅓ | 4 | 135 B |
| Warschau-Wien | 8⅓ | — | 5 | 59¼ bz. |

**Bank- und Industrie-Papiere.**

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| Berl. Kassen-V. | 12 | 9⅓ | 4 | 159¾ B. |
| Braunschw. B. | 0 | 6⅖ | 4 | 99½ B. |
| Bremer Bank | 8 | 5⅗ | 4 | 112½ B. |
| Danziger Bank | 8 | 5⅓ | 4 | 107 B. |
| Darmst. Zettelb. | 4 | 5 | 4 | 96 G. |
| Geraer Bank | 7⅜ | 5⅓ | 4 | 95½ bz. G. |
| Gothaer „ | 5 | 5¼ | 4 | 93¾ bz. |
| Hannoversche B. | 5¼ | 4 | 4 | 82¼ G. |
| Hamb. Nordd. B. | 8½ | 7⅓ | 4 | 119¼ G. |
| „ Vereins-B. | 10 5/18 | 8¾ | 4 | 111 bz. |
| Königsberger B. | 7 7/10 | 6 1/10 | 4 | 111 G. |
| Luxemburger B. | 6 | 7⅕ | 4 | 98 bz. G. |
| Magdeburger B. | 5 | 4 | 4 | 95 G. |
| Posener Bank | 7⅓ | 5⅗ | 4 | 102 et bz. |
| Preuss. Bank-A. | 13⅙ | 8 1/10 | 4½ | 154 bz. |
| Thüringer Bank | 4 | 4 | 4 | 70 B. |
| Weimar | 4 | 4½ | 4 | 85½ et bz. |
| Berl. Hand.-Ges. | 8 | 8 | 4 | 120 et. bz B. |
| Coburg. Credb.-A. | 4 | 4 | 4 | 72¾ et. bz. |
| Darmstädter „ | 4⅓ | 6½ | 4 | 91¾ bz G. |
| Dessauer „ | 0 | 0 | — | 2¼ bz. G. |
| Disc. Com.-Antb. | 8 | 8 | 4 | 115 et bz. G. |
| Genfer Credb.-A. | 2 | — | 4 | 24¼ bz. |
| Leipziger „ | 4¾ | 6 | 4 | 97½ bz. |
| Meininger „ | 6 | 7 | 4 | 98¼ bz. G. |
| Moldauer Lds.-B. | 0 | 5 | 4 | 23¾ B. |
| Oest. Credb.-A. | 5 | 7¼ | 5 | 85½ à ¾ à ½ bz. |
| Schl. Bank-Ver. | 7⅓ | 7½ | 4 | 115¼ G. |
| Minerva | 0 | 0 | 5 | 37 bz. G. |
| Fbr. v. Eisenbdt. | [illegible] | 12½ | 5 | 137¾ bz. B. |

---

**Berlin**, 15. Juni. Weizen loco 76—94 Thlr. pro 2100 Pfd. nach Qualität. — Roggen loco 76—78pfd. 51—54 Thlr. pro 2000 Pfd. bez. — Rüböl loco 10 1/12 Thlr. Br. — Spiritus loco ohne Faß 18 7/24 Thlr. bez., pro Juni und Juni-Juli 17¾—11/12 Thlr. bez., Juli-Aug. 17¾—18 Thlr. bez., Aug.-Sept. 17 11/12—18¼ Thlr. bez., Sept.-Oct. 17 5/24—5/12 Thlr. bez.

---

⁂ **Breslau** 16. Juni. Der Geschäftsverkehr blieb am heutigen Markte bei vorherrschend lustloser Stimmung sehr beschränkt, Preise zeigten wenig Veränderungen.

Weizen bei schwachem Umsatz, pr. 84 Pfund schlesischer weißer 90 bis 113 Sgr., gelber 90—110 Sgr., feinste Sorte 1—2 Sgr. über Notiz bezahlt. — Roggen in matter Stimmung, geringe Waare blieb unverkäuflich, pr. 84 Pfund 54—60—72 Sgr., feinste Sorte über Notiz bezahlt. — Gerste in fester Haltung, pr. 74 Pfd. gelbe 50—53 Sgr., helle 54—56 Sgr., weiße 57—60 Sgr., feinste Sorte über Notiz bezahlt. — Hafer bei guter Kauflust, pr. 50 Pfd. 35—38—40 Sgr., feinste Sorte über Notiz bezahlt. — Erbsen offerirt. — Wicken schwach beachtet, pr. 90 Pfund 44 bis 52 Sgr. — Oelsaaten ohne Handel. — Lupinen ohne Handel, — Bohnen schwer verkäuflich, pr. 90 Pfund 84—90 Sgr. — Schlaglein schwach beachtet. — Rapskuchen ohne Frage, 49—52 Sgr. pr. Centner. — Mais (Kukuruz) wenig beachtet, 60—65 Sgr. pr. Ctnr.

---

[**Breslauer Börse vom 16. Juni.**] Schluß-Course. (1 Uhr Nachm.) Russisch Papiergeld 83¼—⅓ bez. Oesterr. Banknoten 88¼—⅜ bez. Schles. Rentenbriefe 91⅜ Br. Schles. Pfandbriefe 83⅝ bez. Oesterreich. National-Anleihe 55⅝ Br. Freiburger 113 bez. Neisse-Brieger —. Oberschlesische Litt. A. und C. 184 Br. Wilhelmsbahn 90⅜—¾—½ bez. u. Br. Oppeln-Tarnowitzer 76¼ Br. Oesterr. Creditbank-Actien8 6¾ Br. Schles. Bankverein 115¼ Br. 1860er Loose 74 bez. Amerikaner 78¼ bez. Warschau-Wiener 59½—⅝ bez. Minerva 37¼—½ bez. Italiener 52¾—¼ bez.

**Breslau, 16. Juni. Preise der Cerealien.**
Festsetzungen der polizeilichen Commission pr. Scheffel in Silbergroschen.

| | fein | mittel | ordin. | | fein | mittel | ordin. |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Weizen, weißer | 109—112 | 103 | 92—98 | Gerste | 57—59 | 54 | 48—52 |
| do. gelber, | 106—109 | 103 | 91—95 | Hafer | 40—41 | 38 | 36—37 |
| Roggen, schles. | 70—72 | 69 | 64—66 | Erbsen | 63—65 | 60 | 48—55 |
| do. fremder | 70—72 | 63 | 54—59 | | | | |

**Loco- (Kartoffel-) Spiritus** pr. 100 Qrt. bei 80% Tralles 17⅓ Br., 17 5/12 Gld.

Officiell gekündigt: — Ctr. Weizen. — Ctr. Roggen. — Ctr. Leinöl. Ctr. Rüböl. — Qrt. Spiritus. — Ctr. Rapskuchen. — Ctr. Hafer.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.